

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 21 / 45. Jahrg.

27. Mai 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu Beziehb. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hage, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,20 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Versuche politischer Tarifmacherei

An der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie und an dem Schlichtungswesen wetzen die Unternehmer und ihre Syndizis immer wieder ihren Verstand. Was alles von ihnen schon gegen die Kaufkrafttheorie geredet und geschrieben worden ist, vermag kein normaler Mensch zu verdauen. Und je mehr sie gegen die Kaufkrafttheorie reden und schreiben, desto schärfer erweist die wachsende Krise die Richtigkeit dieser Theorie. Es liegt ja auch auf der Hand, daß die kapitalistische Produktion nur florieren kann, wenn die mit allen Schikanen betriebene kapitalistische Massenproduktion auch Absatz findet. Denn wir haben es nicht mit einer Produktions-, sondern mit einer Absatzkrise zu tun. Die Kaufkraft liegt nicht still weil keine Produkte da sind, sondern die Produktion liegt still, weil wohl zu befriedigende Bedürfnisse da sind, aber die Kaufkraft fehlt.

Wie gegen die Kaufkrafttheorie, rannten die Unternehmer auch gegen das Schlichtungswesen an. Unsere Unternehmer machten dabei keineswegs eine rühmliche Ausnahme. Auch sie wetteten insbesondere gegen den „politischen Lohn“, daß es nur so seine Art hatte. Haben sie doch noch bei den letzthin gepflogenen Tarifverhandlungen das Schlichtungswesen zum Teil mit dafür verantwortlich gemacht, daß wir in solche Krisenzustände hineingeraten sind, die den breiten Massen unerhörte Not und unerhörtes Elend aufbürden. Die Schlußfolgerung aus ihren Reden hätte sein müssen, unter gar keinen Umständen von diesem verheulenen Schlichtungswesen zu essen. Aber Theorie und Praxis war bei ihnen schon immer zweierlei.

In den Versammlungen, die auf Wunsch des Vorstandes am Mittwoch, dem 25. und Donnerstag, dem 26. April tagten, haben die Kollegen inzwischen schon gehört, daß sowohl der Bund chemigraphischer Anstalten wie der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer das Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsstelle angerufen hatten, weil die geführten Tarifverhandlungen infolge der unerhörten Forderungen der Unternehmer ausgegangen waren wie das Hornberger Schießen. Die Schlichtungsverhandlungen für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe wurden am 19. und 20. April, die für das Steindruckgewerbe am 21. April geführt. Schlichter war in beiden Verhandlungen Regierungsdirektor Friedländer (Stettin).

Auch über die Verhandlungen und ihre Ergebnisse sind die Kollegen durch die gehaltenen Versammlungen bereits informiert. Herausgestellt sei nur noch einmal, daß die Unternehmer mit aller Hartnäckigkeit an ihren Forderungen festhielten. Ebenso sei noch unterstrichen, daß der „Bund“ den Leistungslohn aufgeben und einen Spitzentariflohn in Höhe von 48 RM. haben wollte.

Selbstverständlich wurde von den Unternehmern wieder bis zum Verdrub behauptet, daß die Gehilfen in den Betrieben durchaus geneigt seien, den „berechtigten Forderungen“ der Unternehmer nachzugeben. Wenn es zu keiner Verständigung komme, falle die Schuld nur auf die widerspenstigen Gehilfenvertreter. Sie wären es dann, die einen friedlichen Ausgleich verhindert hätten.

Für das Chemigraphiegewerbe sind zwei Schiedssprüche gefällt worden. Der erste Schiedsspruch gilt dem Mantel, der zweite dem Lohn des Tarifes. Der Inhalt der Schiedssprüche läßt deutlich erkennen, daß die Schiedssprüche mit wechselnden Mehrheiten gefällt worden sind. Denn die Unternehmer wollten neben einer Verböserung der Mantelbestimmungen auch noch einen Lohnabbau haben. Da aber ist der Schlichter nicht mitgegangen.

Im Steindruckgewerbe ist auch unter Mithilfe des Schlichters nichts zustande gekommen. Die Gehilfenvertreter haben von vornherein jede Verschlechterung der tariflichen Bestimmungen abgelehnt. Ihr Antrag auf Verlängerung der Laufzeit des Tarifes wurde auch von der Schlichterkammer abgelehnt. Aber ebenso wurde der Einigungsvorschlag des Schlichters abgelehnt. Es blieb deshalb dem Schlichter gar nichts anderes übrig als festzustellen, daß die Schlichterverhandlungen beendet sind und ein Schiedsspruch nicht gefällt werden kann.

Die Sachlage ist also jetzt so: Für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe liegen zwei Schiedssprüche vor, für das Steindruckgewerbe gar nichts.

Was ergibt sich daraus?

Für das Chemigraphiegewerbe besteht durch die Fällung der Schiedssprüche durch Beantragung der Verbindlichkeit die Möglichkeit von weiteren Verhandlungen im RAM. Die Gehilfenschaft hat keine Veranlassung, die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches zum Mantel zu beantragen. Es ist auch noch fraglich, ob der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeit ausspricht. — Für das Steindruckgewerbe ist der Weg der Schlichtung unter dem Gesichtswinkel der Schlichtungsordnung erschöpft. Wegen dem Steindruckgewerbe wird das Reichskabinett keinen Sonderschlichter berufen. Es bleiben also nur erneute Parteiverhandlungen, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sein sollen. Ob solche vor Ablauf des Tarifes — der Steindruckertarif läuft am 31. Mai ab — möglich sind, scheint sehr fraglich. Auch im Chemigraphiegewerbe dürfte bis zum 27. Mai kaum eine Entscheidung zu erwarten sein. Es ist deshalb positiv damit zu rechnen, daß wir sowohl für die Chemigraphie wie für den Steindruck in eine tariflose Zeit hineinkommen.

Die Gehilfenschaft hat sich auf allen ihren entscheidenden Tagungen seit 30 Jahren für das kollektiv geregelte Arbeitsver-

hältnis ausgesprochen. Sie ist für den Tarifvertrag, aber nicht unter allen Umständen. Sie verlangt vom Tarifvertrag einen billigen Ausgleich der Interessen. Diesen Ausgleich wollen die Unternehmer nicht mehr gewähren und glaubten, mit Hilfe politischer Tarifmacherei die Gehilfenschaft übervorteilen zu können. Diesem Tun muß unter allen Umständen Paroli geboten werden. Die Gehilfenschaft würde sich selbst und damit ihr Gewerbe aufgeben, leistete sie dem gewerbeschädigenden Tun der Unternehmer nicht den allerschärfsten Widerstand. Denn es liegt doch auf der Hand, daß eine Gehilfenschaft, die sich solche Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne äußersten Widerstand aufzwingen ließe, wie sie die Unternehmer ihr zugedacht haben, jedes Anrecht darauf verliert, Qualitätsarbeit zu leisten. Dabei braucht gar nicht darüber hinweggesehen zu werden, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die Lohn- und Arbeitsbedingungen immer elastisch sein werden. Anders wäre ja der Wille der Gehilfenschaft, in besserer Konjunktur wieder gut zu machen, was die Unternehmer uns in der Krise angetan haben, auf falschen Voraussetzungen fundiert. Aber was die Unternehmer jetzt von uns fordern, geht einfach über die Hutschnur, ist sinn- und zwecklos und muß deshalb entschieden und bestimmt zurückgewiesen werden.

Die Kollegenschaft würde und müßte ganz verteuftelt ins Hintertreffen geraten, wenn sie die bis jetzt einheitlich und geschlossen geführte Abwehrbewegung zersplittern würde. Das darf auf keinen Fall und unter keinen Umständen geschehen! Es liegt nur zu nahe anzunehmen, daß die Unternehmer in dieser Richtung Versuche anstellen. Die Not der Kollegenschaft ist groß und nur zu viele Arbeitslose warten auf Beschäftigung. Sie hoffen, daß die Not der Kollegenschaft den Widerstand der Gehilfen bricht. Sagte doch einer der Unternehmer ganz offen, daß ihnen die Jetztzeit ihre Forderungen als reife Frucht in den Schoß werfen müsse. Unsere Aufgabe als Gehilfenschaft ist es, den angeblich reifen Unternehmerfruchtschoß in Spiritus aufzusetzen. Allzuviel gehört dazu nicht. Wir brauchen die Bewegung nur weiterhin so einheitlich und geschlossen zu führen wie bisher. *Und das wollen wir!* Daraus ergibt sich für jeden Kollegen nur eine Schlußfolgerung: *Wenn verhandelt werden soll, dann nur mit dem Vorstand!* Andere haben keine Verhandlungen zu führen. Greift der Unternehmer an, dann ist der Angriff sofort dem Mitgliedschafts- und Gauvorstand zu melden. Die Gehilfenschaft war mit der Weitergeltung der Tarifbestimmungen einverstanden; sie will nichts von den Unternehmern. Deshalb befindet sie sich in der Abwehr. Und die wird einheitlich und geschlossen durchgeführt und die Führung liegt in der Hand des Vorstandes. Danach hat sich jeder Kollege zu richten!

Geldsystem und Geldprojekte

III. Der Wagemann-Plan.

Schluß.

Der Wagemann-Plan ist ein umfangreiches Reformprogramm für das Kredit-, Bank- und Geldwesen, das sich auf einer ganz anderen Ebene bewegt als die besprochenen Geldprojekte. Er will am Gelde selbst nichts ändern und auch nicht unmittelbar zusätzliche Kreditmöglichkeiten schaffen, er will nicht die Krise durch Maßnahmen geldreformerischer Art beseitigen, sondern nur gewisse Mißstände, die sich in den letzten 20 Jahren auf dem Gebiet des Geld- und Bankwesens gezeigt haben, beseitigen. Sein Ziel ist ein dreifaches:

1. die Neuordnung des Geldwesens,
2. die Umschuldung der öffentlichen Hand,
3. die stärkere Bindung der geldschöpferischen Tätigkeit der Banken an die Reichsbank.

1. Die Neuordnung des Geldwesens.

Wagemann will zwei Arten von Geld schaffen: Konsumentengeld und erwerbswirtschaftliches Geld. Als Konsumentengeld bezeichnet er die Geldscheine und Münzen bis zum Betrage von 50 RM., die den Verkehr zwischen Konsumenten und Produzenten vermitteln. Erwerbswirtschaftliches Geld sind die Scheine über 100 RM. und mehr und das Giralgeld, das dem Verkehr der Produzenten untereinander dient. Beide Arten von Geld sollen nach verschiedenen Grundsätzen ausgegeben werden. Als Unterlage für die Ausgabe von Konsumentengeld soll ein von W. vorgeschlagener sog. fester Block von öffentlichen Anleihen in der Höhe von 3 Milliarden RM. dienen. Für die Noten, die über den Betrag von 3 Milliarden RM. als Konsumentengeld ausgegeben werden, soll ebenfalls eine Wertpapierdeckung beschafft werden. Das erwerbswirtschaftliche Geld soll, soweit es von der Reichsbank ausgegeben wird, denselben Deckungsvorschriften unterliegen wie heute unser gesamter Geldumlauf, d. h. es soll zu 40 Proz. durch Gold und Devisen und zu 60 Proz. durch Handelswechsel gedeckt sein.

Wagemann verspricht sich durch diese Reform eine Anpassung unseres Geldsystems an die in den letzten 20 Jahren veränderten Zahlungsgewohnheiten und eine Verbesserung des Reichsbankausweises. Die Verbesserung des Reichsbankausweises würde darin liegen, daß die sehr viel geringere Summe des auszugebenden erwerbswirtschaftlichen Geldes selbst mit dem heutigen geringen Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank weit über 40 Proz. gedeckt wäre. Es ist nicht schwer zu sehen, daß diese „Verbesserung“ nur eine formelle ist, und daß sich an den zugrunde liegenden tatsächlichen Verhältnissen gar nichts ändert. Wagemann erwartet trotzdem von dieser Maßnahme eine Stärkung des Vertrauens im Publikum.

2. Die Umschuldung der öffentlichen Hand.

Den Gemeinden und den anderen öffentlichen Körperschaften, die heute eine große schwebende kurzfristige Schuld haben und den Banken und den anderen Geldgebern, die das Geld, das sie den Gemeinden kurzfristig geliehen haben, nicht zurückbekommen können, soll dadurch geholfen werden, daß die öffentlichen Körperschaften gegen Hinterlegung von Schuldverschreibungen, die in ihrer Gesamtheit dann den festen Block von öffentlichen Anleihen darstellen, das zur Abdeckung ihrer schwebenden Schuld nötige Geld von der Reichsbank bekommen. Die öffentlichen Körperschaften werden dadurch in die Lage versetzt, ihre kurzfristigen Schulden bei den Banken abzudecken, und die Banken können ihrerseits ihre kurzfristigen Schulden bei der Reichsbank bezahlen. Das komplizierte Kreditsystem von heute, in dem die Banken die öffentlichen Körperschaften und die Reichsbank die Banken stützen, würde durch eine solche Verwandlung der kurzfristigen Schuld der öffentlichen Körperschaften an die verschiedenen Geldgeber in eine langfristige Schuld an die Reichsbank wesentlich vereinfacht werden. Wagemann verspricht sich davon eine günstige Wirkung für die gesamte Kreditlage.

3. Die stärkere Bindung der geldschöpferischen Tätigkeit der Banken an die Reichsbank.

Von der geldschöpferischen Tätigkeit der Banken war schon im vorigen Aufsatz die Rede. Wir sagten dort, daß auch die Kreditgewährung der Banken eine Kaufkraftvermehrung zur Folge hat, die wie eine Geldvermehrung wirkt und unter Umständen auch eine Bargeldvermehrung zur Folge hat. Die Kreditkrise des Jahres 1931 hat gezeigt, wie gefährlich es für eine Volkswirtschaft ist, wenn umfangreichen, täglich kündbaren Guthaben bei den Banken nicht genügend täglich mobilisierbare Anlagen der Banken gegenüberstehen. Um die Großbanken nicht zusammenbrechen zu lassen, mußte die Reichsbank damals den Banken Geld zur Verfügung stellen und damit ihre eigene Lage verschlechtern. Um solche Zwangslagen zu verhindern, will Wagemann die Banken zwingen, die den Bankkunden zu gewährenden täglich ab-

rufbaren Guthaben in sehr engen Grenzen zu halten. Die Banken sollen die Gelder, über die bei ihnen täglich verfügt werden kann, zu 10 Proz. durch Guthaben bei der Reichsbank, zu 20 Proz. durch rediskontierbare Wechsel und zu 70 Proz. durch leicht verkäufliche Papiere decken. Da die Banken dann für solche Gelder nur ganz niedrige Zinsen zahlen können, erwartet Wagemann, daß die täglich kündbaren Guthaben bei den Banken stark zurückgehen und damit die Gefahr von plötzlichen umfangreichen Abhebungen von Guthaben und Krediten verringert wird.

Wagemann will also keine zusätzliche Ausgabe von Geld. Sein Plan will auf lange Sicht Vertrauen schaffen. Er zieht gewisse Konsequenzen aus der Entwicklung des Geldwesens in den letzten 20 Jahren und orientiert sich dabei an englischen und amerikanischen Beispielen. Der Plan ist also weder phantastisch noch inflationistisch und dennoch werden gegen seine Durchführung eine Reihe von Bedenken geltend gemacht.

Da ist zunächst eine gewisse Unklarheit darüber, ob der Scheideminzenumlauf ebenfalls durch den Anleihestock gedeckt sein soll. Wagemann hat diese Frage in einem Nachtrag zu seinem Plan bejaht. Durch diese Bejahung ist zwar die Gefahr einer übermäßigen Geldvermehrung besei-

Der Sieg bleibt uns!

Eine Schlacht ist geschlagen; es war die letzte nicht!

Nur wenn wir nicht ruhen, bekränzt uns das Licht.

Deutschland muß leben. Und es lebt nur durch die Tat.

Durch Treue, Einheit und Pflicht. Seid auf der Wacht. Wagt!

Was Väter träumten, dies Reich in Freiheit: uns ist es gegeben.

Wir formen es. Wir schützen es mit unserem Blut und Leben.

Im Gewitter der dreiegebündelten Pfeile brechen wir vor.

Die Hämmer fliegen und zertrümmern das Tor.

Der Knechtschaft und die ehernen Ketten der Not.

Der Sieg bleibt uns, wenn das Wachtfeuer loht.

Walther G. Oschilewski.

tigt worden, aber es ist auch der Nutzen für die öffentlichen Körperschaften stark verringert. Die 1,5 Milliarden RM. Scheideminzen, die heute umfließen, müßten durch Reichsschuldverschreibungen gedeckt werden, und für die anderen öffentlichen Körperschaften blieben nur noch 1,5 Milliarden RM. übrig.

Des weiteren ist unklar, wie Wagemann die Abgrenzung von Konsumentengeld und erwerbswirtschaftlichem Geld vornehmen, und wie er das Vermengung verhindern will, um so mehr als das Konsumentengeld in erwerbswirtschaftliches Geld einlösbar sein soll. Diese Einteilung wird in allen fachmännischen Kritiken scharf angegriffen.

Die schwersten Bedenken werden gegen die Durchführung des Planes im gegenwärtigen Zeitpunkt geltend gemacht. Die Wirtschaftskrise verschärft die auch in besseren Zeiten vorhandene Unsicherheit der Existenz. Die Arbeiter und Angestellten sind erwerbslos oder fürchten den Verlust ihrer Stellung. Die Besitzenden erleiden Vermögensverluste oder befürchten sie; jeder Notpfeiffen gewinnt doppelte Bedeutung und wird doppelt ängstlich gehütet. In solchen Zeiten sind die Menschen mißtrauisch, und selbst Geldreformpläne, die nicht inflationistisch sind, wie der Wagemann-Plan oder es nicht zu sein brauchen wie der Arbeitsbeschaffungsplan Woytinsky, können da eine Lawine des Mißtrauens ins Rollen bringen, von der man nicht weiß, wo sie zum Stehen kommt.

Die Angstlichkeit und Unkenntnis der Bevölkerung wird zudem geflissentlich für politische Propaganda nutzbar gemacht. Die Kommunisten versuchen den Vorwurf der Inflation gegenüber den Gewerkschaften zu erheben und benutzen den WTB-Plan als Beweismittel. Die Nationalsozialisten versuchen neuerdings wieder die Inflationsangst für sich mobil zu machen, indem sie der Regierung Brünning inflationistische Politik vorwerfen.

Was für das Inland gilt, gilt auch für das Ausland. Das ausländische Finanzpublikum sieht im Reichsbankgesetz, das 1924 unter der Mitwirkung ausländischer Banksachverständiger und mit der ausdrücklichen Absicht, Inflationen zu verhindern, geschaffen wurde, ein Bollwerk gegen jedes Inflationsexperiment in Deutschland und fragt, warum man das Reichsbankgesetz ändern will,

wenn man keine inflationistischen Absichten hat. Wenn Herr Anderson, der wissenschaftliche Beirat der Chase National-Bank in Newyork sagt, daß die praktische Anwendung des Wagemann-Planes von den Amerikanern als das Signal einer neuen Papierinflation gedeutet würde, dann ist das ein Faktum, das starke Beachtung verdient.

Reformen auf dem Gebiete des Geld- und Kreditsystems müssen von der breiten Masse der Bevölkerung verstanden werden. Dazu ist eine breite Diskussion im Parlament und in der in- und ausländischen Presse nötig. Eine Zeit, in der soviel berechtigtes Mißtrauen gegenüber allen Kreditrichtungen über der Wirtschaft lagert, wie es heute der Fall ist, und in der soviel politische Hasardeure ein größeres Interesse haben, die Dinge zu vernebeln, als sie klarzustellen, ist für die Durchführung weittragender Reformen des Geld- und Kreditwesens ungeeignet. Die Reform soll Vertrauen neu begründen, wenn aber die Durchführung ein solches Mißtrauen hervorruft, daß das Geldsystem in Gefahr kommt, so kann eine wohltätige Wirkung nicht zur Geltung kommen. Gerade weil der Wagemann-Plan ein Projekt ist, das nicht unmittelbare Krisenheilung anstrebt, sondern mit Jahrzehnten rechnet, meint man, daß seine Durchführung auf einen geeigneteren Zeitpunkt vertagt werden kann.

Von den beschriebenen Währungsprojekten hat also heute keines Aussicht auf Verwirklichung. Sie sind entweder phantastisch und dilettantisch oder aber sie sind mit derartig starken Risiken belastet, daß ihre Durchführung mehr Schaden stiften als Nutzen bringen kann. Das schließt natürlich nicht aus, daß sie in der Agitation der verschiedenen politischen und wirtschaftspolitischen Gruppen eine große Rolle spielen. Es ist sogar zu vermuten, daß ihre Wirksamkeit um so stärker wird, je schwieriger sich die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens gestaltet. Es gilt hier, der Agitation die sachliche Aufklärung gegenüberzustellen. Auch hier liegt, wie auf so vielen anderen Gebieten, die Aufgabe in der Zerstörung der Illusion.

K. Schäfer.

Die Weltproduktion auf dem Stand von 1913

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise ist die industrielle Warenerzeugung der Welt in den letzten Monaten im scharfen Tempo weiter zurückgegangen. Das Jahr 1928 gleich 100 gesetzt, betrug die Weltproduktion Anfang 1931 83,4 und Anfang 1932 75,2. Die europäischen Länder ohne Rußland waren auf 72,4 gesunken. Die russische Produktion ist auf 198 gestiegen. Seit 1931 ist die Produktion am meisten gefallen in Polen um 30, Frankreich um 23, Deutschland um 21, Österreich um 18, Vereinigte Staaten um 16 v. H. Gestiegen ist die Produktion in Rußland um 20 v. H., in Großbritannien um 7 v. H. und in Schweden um 3 v. H. Die Widerstandsfähigkeit der Industrie in England und Schweden wird auf die Geldwertveränderung zurückgeführt. Deutschland ist im ganzen betrachtet noch immer am schärfsten von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Nach Berechnungen des deutschen Konjunkturinstituts ist die Weltproduktion zur Zeit etwa auf den Stand von 1913 angelangt. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist sehr verschieden. Das russische Produktionsvolumen ist gegenwärtig 2½ mal so groß wie vor dem Krieg. Der junge Industriestaat Japan erzeugt mehr als doppelt so viel Waren wie 1913. In Schweden und Kanada wird der Vorkriegsstand ebenfalls beträchtlich überschritten. Frankreich und USA. befinden sich ungefähr auf dem Vorkriegsstand. Die Produktion in Großbritannien ist auf 83 zurückgegangen, die Weltproduktion gleich 100 gesetzt, Österreich hat einen Stand von 78 und Deutschland von 62. Man sieht also auch hier wieder, daß die Krisis am schwersten in Deutschland zur Auswirkung kam. Die Anteile, mit denen die nationalen Industrien an der industriellen Weltproduktion beteiligt sind, haben sich beträchtlich verschoben. An der Spitze stehen die Vereinigten Staaten mit 34,8 v. H., es folgt Rußland mit 11, England mit 10, Deutschland mit 7,6, Frankreich mit 6,9, Japan mit 2,7, Kanada mit 1,9, Schweden mit 1,1, Polen mit 0,5 und Österreich mit 0,4 v. H. 1928 war die Reihenfolge: USA., Deutschland, England, Frankreich, Rußland usw. Deutschland ist von der zweiten auf die vierte Stelle gerückt, Rußland nimmt jetzt nach den Vereinigten Staaten den ersten Platz ein. Eine Entwicklung, die kaum vorausgesehen wurde. — Es ist ein Jammer, daß die Menschheit einer solchen Wirtschaftskatastrophe untätig und ohnmächtig gegenübersteht. Das Leistungsergebnis von Jahren und Jahrzehnten wird vernichtet, die Menschheit verarmt und gerät in eine steigende Nervosität hinein, begleitet von Bürgerkriegen usw. Dies alles lediglich aus dem Grunde, weil die Produktion zu reichhaltig war und den Absatz übersteigt. Dabei könnte der Absatz vervielfältigt werden.

VERBAND UND BERUF

Deutsche Spielkarten auf dem Weltmarkte

Die deutsche Spielkarte erfreut sich auf dem Weltmarkte steigender Beachtung. Zwar ist unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise die Ausfuhr im letzten Jahre erheblich gesunken, aber im Vergleich zu früheren Jahren zeigt sich doch eine beachtenswerte Zunahme. In jedem Jahre gehen an rund 1800 bis 2000 Zentner und darüber Spielkarten nach dem Auslande, die dem Werte nach um rund 1/2 Million RM. schwanken. Nicht nur europäische Länder gehören zu den Beziehern deutscher Spielkarten, sondern auch überseeische Staaten wie beispielsweise die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Niederländisch-Indien. Auch Australien und Südamerika, Asien und der Orient sind nennenswerte Abnehmer. Während bei uns in Deutschland in vielen Gegenden, hauptsächlich in Berlin, zurückzuführen auf die Französelei der ersten preußischen Könige, vor allem die französische Karte gespielt wird, spielen die Länder Dänemark und die Niederlande fast nur deutsche Karten. Sie gehören zu den Hauptabnehmern deutscher Spielkartenausfuhr.

Insgesamt wurden im Jahre 1931 872 Doppelzentner Spielkarten im Werte von 463 000 RM. ausgeführt. Im Jahre 1930 betrug die Ausfuhr 1076 Doppelzentner im Werte von 550 000 RM. Von der Ausfuhr im Jahre 1931 waren die Hauptabnehmer:

	Doppelzentner	Wert
Saargebiet	54	26 000 RM.
Dänemark	183	112 000 RM.
Frankreich	5	2 000 RM.
Niederlande	195	87 000 RM.
Schweden	26	17 000 RM.
Schweiz	152	86 000 RM.
Niederländisch-Indien	140	72 000 RM.
Vereinigte Staaten	23	13 000 RM.

Dem Werte nach war der beste Abnehmer Dänemark, dann folgen die Niederlande, die Schweiz, Niederländisch-Indien, Saargebiet usw. Im Jahre 1932 ist in den ersten Monaten die Ausfuhr weiter gesunken. Von Januar bis März 1932 betrug die Ausfuhr 148 Doppelzentner im Werte von 78 000 Reichsmark gegen 201 Doppelzentner im Werte von 112 000 RM. im Jahre 1931. Es ist die Tragik des wirtschaftlichen Katastrophenzustandes, daß mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage auch gleichzeitig Einfuhrbeschränkungen verbunden werden, die sowohl die gesamte auf Export eingestellte Industrie wie auch einzelne Industriezweige schwer treffen. Das trifft in diesem Falle auch auf die Spielkartenindustrie, die allerdings, wie die Geschäftsberichte beweisen, trotz des Ausfuhrrückganges noch ein gutes Geschäft gemacht hat. Aber auch dieser Bericht zeigt, welche gottvolle Wirtschaftspolitik jetzt gemacht wird. Und unsere Unternehmer sind feste mit dabei. Sie meinen durch Lohndruck eine bessere Rentabilität zu erreichen. Und erreichen doch nur, daß die Kaufkraft völlig erschlagen wird und das Ausland sich immer mehr gegen unsere Gewerbeerzeugnisse absperrt. Wirtschaftswahnsinn ist jetzt Trumpf.

Lohnabbau!

Noch immer spukt das Gespenst Lohnabbau, insbesondere jetzt wieder für das graphische Gewerbe. An Hand meiner Wochenabrechnung, Familie mit 3 Kindern, ist ein Lohnabbau für mich nicht mehr tragbar, wenn das Arbeiten überhaupt noch einen Sinn haben soll.

Meine Nettoeinnahme ist 53,85 RM., meine Ausgabe pro Woche:

an Haushaltsgeld	25,—
an Miete, Wasser usw.	12,—
an Gas und Licht	2,50
an Versicherungen (Lebens-, Feuer-, Sterbe-, Hauskasse)	2,50
an Verbandsgeld	3,40
an Körperpflege für 5 Köpfe (Baden, Haarschneiden, Zahnpflege)	2,—
an Schulbedarf für 2 Kinder	1,—
an Krankenscheingebühr und Medizin	1,—
an Bürgersteuer	1,15
an Zinsen für vorhandene Schulden	1,50
Summa	52,05
bleibt für Kleidung	1,80
Summa	53,85

Mit 1,80 RM. für Kleidung muß ich abblumpen bei einer fünfköpfigen Familie; an Schuldentilgung ist überhaupt nicht zu denken; für geistige Nahrung wie Bücher, Theater usw. ist kein Geld da; außerordentliche Ausgaben, Hochzeits-, Geburtstags- und sonstige Geschenke für die Kinder und für die nahe Verwandtschaft, denen man infolge der Wirtschaftseinrichtung nicht entgegen kann, erhöhen die Schuldenlast; an eigenen Bedarf für Rauchwaren, Fahrgeld und so mehr kann man schon gar nicht mehr denken, und das ist der hohe

Verdienst für einen qualifizierten Arbeiter! — Auf Kinder wird heute gar keine Rücksicht mehr genommen, im Gegenteil, preiswerte Wohnungen werden nur an Leute ohne Kinder abgegeben, die einzige Vergünstigung, die eine Familie mit drei Kindern gegenüber einer kinderlosen Familie hat, sind 1,80 RM. weniger Steuern, und immer noch denkt man an Lohnabbau. *Erich Schröder.*

Abschluß des Tarifikampfes im Buchdruckgewerbe

Unter dem Titel: „Vorspiel“ in Nr. 12 der „Gr. Pr.“ vom 25. März berichteten wir über die Forderungen der Buchdruckereibesitzer zur Neugestaltung des Buchdruckerarbeitsvertrages und ließen die Frage offen, ob die Buchdruckereibesitzer den bekannten Hahnemann für das ganze graphische Gewerbe machen. Die Forderungen der Besitzer chemographischer Anstalten wie der Steindruckereibesitzer haben dann auch den getreuen Fridolin in verböhrter Auflage gemimt und genau dieselben Tarifikämpfe ausgelöst, die die Buchdrucker durchzuführen mußten. Der Deutsche Buchdrucker-Verband konnte ja gar nicht anders als den Forderungen der Buchdruckereibesitzer die schärfste Abwehr entgegenzustellen. Die Parteiverhandlungen flogen deshalb auch schon nach kurzer Verhandlung auf. Das nun in Aktion tretende Zentralratsmitgliedamt fällt mit Hilfe der Unternehmer einen Schiedsspruch, der an einseitiger Unternehmerbegünstigung nichts zu wünschen übrig ließ. Die Gehilfenschaft lehnte als Antwort auf dieses tarifeindliche Tun den Schiedsspruch einstimmig ab. Die nun auf Antrag der Unternehmer im R.A.M. stattfindenden Verhandlungen zwecks Verbindlicherklärung des gefällten Schiedsspruches wurden von den Gehilfenvertretern des Buchdruckes mit solcher Erbitterung geführt, daß es dem Arbeitsminister geraten erschien, eine Verbindlichkeit des Schiedsspruches nicht auszusprechen. Damit war man im Buchdruckgewerbe auf dem alten Fleck, nur mit dem Unterschied, daß inzwischen der Tarif durch die Bestimmungen der 4. Notverordnung seine Geltung verloren hatte. Diese Situation schien den Buchdruckereibesitzern wahrscheinlich äußerst brenzlich und sie sahten neue Parteiverhandlungen an, die nach einigem Hin und Her auch zustande kamen und am 14. Mai zu einer Vereinbarung führten.

Es wäre vermessen gewesen zu erwarten, daß es den Buchdruckern gelingen würde, ohne jedes Zugeständnis wegzukommen. Dazu ist die Wirtschaftslage zu ungünstig und die Zahl der Arbeitslosen zu groß. Aber was die Unternehmer forderten, war Tarifwahrheit. Die gemachten Zugeständnisse bewegen sich auf folgender Basis: Die Tagesarbeitszeit liegt innerhalb der Stunden von 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends; bei Kurzarbeit sind Überstunden bis zu 48 Wochenstunden mit 10 Proz. Zuschlag zu bezahlen; die Kostgeldsätze der Lehrlinge sind für das 2., 3. und 4. Lehrjahr etwas gekürzt worden. Außerst bedenklich ist folgende Vereinbarung: „In Fällen von Arbeitsmangel kann der Prinzipal mit seinem Personal bzw. dessen gesetzlicher Vertretung eine Verkürzung der Arbeitszeit für den ganzen Betrieb oder einzelne Abteilungen des Betriebes vereinbaren. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so kann der Prinzipal nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung die Kurzarbeit mit einer Frist von 3 Tagen ansagen, wobei der Ansahtag mitgerechnet wird. Mit der gleichen Frist kann der Prinzipal den Übergang von der Kurzarbeit zu einer längeren Arbeitszeit bis zur Vollarbeit ansagen.“ In einer Protokollerklärung wird in Anbetracht der Notzeit die Ferienbezahlung für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 30. April 1933 dahin geregelt, daß jedem Gehilfen für die ihm tariflich zuständigen Ferien 75 Proz. des vollen Lohnes gezahlt werden, ganz gleich ob kurz gearbeitet wird oder nicht. Ein Abzug vom Kostgeld der Lehrlinge wegen Berufs- oder Fachschulbesuchs darf nicht erfolgen. Der Lohnstarif vom 17. Dezember 1931, der durch Unternehmerkündigung ebenfalls abgelaufen war, ist ab 1. Mai 1932 unverändert wieder in Kraft gesetzt worden und jeweils am Freitag mit einer Frist von 6 Wochen zum Freitag kündbar.

Diese Vereinbarung ist mit Gültigkeit bis 30. April 1933 vom Vorstand des Buchdrucker-Verbandes unter Zustimmung der Gauvorsteher mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein verbindlich für alle Mitglieder des Buchdrucker-Verbandes geschlossen worden. Verbandsvorstand und Gauvorsteher glauben darauf bauen zu können, „daß die Kollegenschaft dieser Entscheidung das erforderliche Verständnis entgegenbringen und darin eine wohlüberlegte Sicherung dafür erblicken wird, auch über den furchtbaren Abgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Not hinwegzukommen. Von wesentlicher Bedeutung ist

dabei, daß in Anbetracht der vom gesamten Unternehmertum aufs neue unternommenen Angriffe auf den Lohn in unserem Gewerbe die gegenwärtigen Lohnverhältnisse auf absehbare Zeit unverändert bleiben. Jeder Kollege, der sich in selbstverantwortlicher Weise die Möglichkeiten und Aussichten einer anderen Entscheidung auf realpolitischer Grundlage überlegt, kann und wird zu dem Resultat kommen müssen, daß die mit dieser Vereinbarung verbundene Erhaltung des gewerblichen Friedens im wohlverstandenen Interesse der gesamten Kollegenschaft liegt!“

Obwohl unsere Unternehmer, besonders in guter Konjunktur, immer betont haben, daß die Verhältnisse anderer Gewerbe uns gar nichts angehen, werden sie mit ganzer Hartnäckigkeit darauf bestehen nach Hause zu tragen, was die Buchdruckereibesitzer unter Ausnutzung der riesenhaften Not und Arbeitslosigkeit erben konnten. Unsere Tarifikämpfe werden deshalb noch komplizierter werden als sie ohnehin schon sind. Was sich inzwischen zur Genüge bewahrheitet hat.

Für die 40-Stundenwoche

Gelegentlich der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Bern einberufenen Konferenz mit den Internationalen Berufsekretariaten hatten die drei Sekretariate der Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen eine Sonderkonferenz, in der die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit behandelt und vollkommene Übereinstimmung darin erzielt wurde, daß es nötig sei, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich mit der Maßgabe zu fordern, daß der tatsächliche Lohn nicht verringert werde und daß für die gewonnenen Arbeitsstunden neue Arbeitskräfte aus den Reihen der Arbeitslosen eingestellt werden.

In einer ausführlichen Erklärung zu diesem Beschluß wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche nicht nur als „Krisenmaßnahme“, sondern als dauernde Einrichtung gedacht ist, weil Technisierung und Rationalisierung derartige Fortschritte gemacht haben, daß der Bedarf an den herzustellenden Erzeugnissen der graphischen Industrie gut und gern während einer Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich gedeckt werden kann. Auf der anderen Seite sind die Unternehmer unfähig oder unwillig, einen sozialen Fortschritt einzuführen; die Verkürzung der Arbeitszeit und die damit verbundene Verringerung der Arbeitslosigkeit wollen sie aus dem Grunde nicht haben, weil es ihnen vorteilhafter erscheint, dem in Arbeit stehenden Personal immer wieder die offene oder versteckte Drohung zuzufügen oder wenigstens zu verstehen geben zu können: „Wem es nicht paßt, der kann gehen; es gibt genug Arbeitslose, die gern eure Plätze einnehmen würden.“

Wollen wir nachbleiben?

Wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund in seinem Jahresbericht für 1931 mittelt, vermochte er während der jetzigen Wirtschaftskrise nicht nur seine Mitgliederzahl zu halten, sondern er gewann rund 13 000 neue Mitglieder. Unter den Verbänden, die den höchsten Zuwachs hatten, wird besonders erwähnt der *Lithographenbund*, der außerdem noch folgende Zensur erhält:

„Eine geschlossene Organisation, die auf dem besten Wege zur 100prozentigen Erfassung der Berufsangehörigen ist“.

Zeitgemäße Anregungen

Unter diesem Titel bringt das Verbandsblatt der amerikanischen Kollegen, „Lithogr. Journal“ folgende auch für uns beherzigenswerte Mahnungen:

1. Bezahle immer pünktlich deine Beiträge, damit du immer in Ordnung bist mit deiner Organisation, und die Beitragsrückstände werden nie zu einer großen Höhe anwachsen.
2. Besuche möglichst jede Versammlung und sei anwesend bis zum Versammlungsschluß, dann wirst du wissen, was in der Organisation vorgeht und welche Aufgaben ihr gestellt sind, die gelöst werden müssen.
3. Lies deine Gewerkschaftszeitung, jede Zeile darin, dann wirst du wissen, was die Gewerkschaften im allgemeinen und deine Organisation im besonderen leisten.
4. Werde mit jedem Mitglied deiner Mitgliedschaft bekannt, dann erst wirst du wissen, wie es seinen Mann steht.
5. Mache es dir zur Aufgabe, neue Mitglieder für die Organisation zu werben.
6. Lerne was die Arbeiterorganisation zu bedeuten hat und was sie schon für die Arbeiter geleistet hat, dann kannst du intelligent mit organisierten und unorganisierten Arbeitern diskutieren.

Zurück zum Mittelalter

Die Wirtschaftskrise führt zu eigentümlichen Auswegen. So versucht man neuerdings die Geld- und Devisenknappeit durch reine Tauschgeschäfte zu überwinden. Es heißt wieder Ware gegen Ware wie vor Jahrhunderten, wo das ausgebildete Geld- und Bankwesen noch nicht vorhanden war. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, geht man vielfach dazu über Tauschgeschäfte förmlich zu organisieren. In Bremen, Hamburg und Lübeck will man Clearingstellen errichten, um einen gewissen Warenverkehr durch Tauschgeschäfte möglich zu machen. Die I. G. Farbenindustrie beabsichtigt 5000 Ballen ägyptischer Baumwolle gegen Leuna-Salpeter auszutauschen. Für frühere Farben- und Chemikalienlieferungen nach Ungarn will der Farbentrust 720 Waggons ungarischen Weizen als Bezahlung entgegennehmen. Die Firma Krupp steht mit dänischen Viehexportvereinigungen in Verbindung, um den Austausch von dänischem Schlachtvieh mit deutschen landwirtschaftlichen Maschinen vorzunehmen. Auch in anderen Ländern ist das Tauschgeschäft in Gang gekommen. Schließlich ist die Kontingentierungspolitik, womit die durch die Handelsverträge gewährleistete Meistbegünstigung durchlöcher wird, nichts anderes als ein Tauschhandel, der vom Staate selbst begünstigt wird. Wir sind also zu Zuständen zurückgekehrt, die wir längst überwunden glaubten. Man bilde sich nicht ein, daß solche rückständigen Formen des Warenverkehrs der Menschheit einen Nutzen bringen. Sie sind mehr geeignet, die Beendigung der Wirtschaftskrise hinauszuzögern.

Die Furcht vor der Ehe

Die Heiratshäufigkeit im Deutschen Reich wird durch die Wirtschaftskrise entschieden beeinflusst. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 515 411 Ehen geschlossen, das sind rund 47 200 weniger als 1930, 73 000 weniger als im Durchschnitt von 1928-29 und rund 94 000 weniger, als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. Einschließlich des Jahres 1930 beläuft sich der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursachte Ausfall an Eheschließungen bis jetzt auf insgesamt 134 000. Alle Momente berücksichtigend dürfte die Zahl der Haushaltsneuerungen sich gegenwärtig um über 200 000 im Rückstand befinden. Dementsprechend ist auch die Geburtenhäufigkeit ständig gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1931 erreichte die auf 1000 der Gesamtbevölkerung berechnete Lebendgeborenenziffer nur noch 16 gegenüber 17,5 im Jahre 1930, 17,9 im Jahre 1929 und 26,9 im Jahre 1913. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bei den gebärfähigen Mädchen und Frauen betrug 1931 (1913 gleich 100) 53. Auch die Geburtenhäufigkeit wird durch die Lebenslage in der Krise sehr beeinflusst. Mit dem Ergebnis von 1931 dürfte Deutschland die niedrigste Geburtenziffer der Welt erreicht haben. Wenn man den Rückgang der Eheschließungen und der Geburtenziffern als ernstes Problem für Volk und Staat erkennt, so muß man um die Verkürzung dieser furchtbaren Krise bemüht sein. Wenn es schwer ist sich selbst durchs Leben zu bringen, wird niemand daran denken, einen neuen Hausstand zu gründen.

Wirtschaftslage und Kinderwachstum

In Nr. 5 der „Gesundheit“, einer vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen verdienstvollen Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, befindet sich eine Untersuchung über das Wachstum der Kinder unter Berücksichtigung der durch die Wirtschaftslage beeinflussten Lebenshaltung. Der Verfasser hat Messungen und Wägungen in den Jahren von 1924 bis 1931 angestellt. Durch diese annähernd 6000 Messungen und Wägungen schulpflichtig werdender Kinder, konnte ein vergleichbares Bild über Größe und Gewicht erzielt werden. Die Knaben im Alter von 6 bis 6½ Jahren im Jahre 1924 erreichten im Durchschnitt eine Größe von 108,7 cm und ein Gewicht von 19,2 kg. 1931 hingegen betrug die Größe 114,7 cm und das Gewicht 20,2 kg. Bei den Mädchen gleichen Alters betrug die Größe 1924 108 cm und das Gewicht 18,4 kg und 1931 114,1 cm und das Gewicht 19,8 kg. Die gleichaltrigen Knaben und Mädchen sind also

fortlaufend größer und schwerer geworden. Die Größenzunahme beträgt mehr als 5 cm und die Gewichtszunahme 1 bis 1,5 kg. 1924 kamen die im Krieg geborenen und die in der Inflationszeit ernährten Kinder zur Schule. Sie hatten also das grauenhafte Elend dieser Zeit am eigenen Leibe zu verspüren. Von Interesse ist noch, daß die Zunahme an Gewicht und Größe erst ab 1927 eintrat, wo die Wirtschaftslage der berufstätigen Bevölkerung sich zusehends zu bessern begann. Erst ab 1927 konnte der Wachstumsprozeß der deutschen Kinder als normal bezeichnet werden. Es ist nur zu hoffen, daß die Wirtschaftskrise bald ein Ende nimmt, damit dieser günstige Wachstumsprozeß nicht wieder unterbrochen wird.

Drei Bücher des Bücherkreises

Drei wunderbare Bücher hat die bekannte Buchgenossenschaft „Der Bücherkreis“ herausgebracht. Sie sind

1. **Der Baldamus und seine Streiche.** Von Oskar Wöhrle. Neue veränderte endgültige Fassung. Jubiläumsausgabe. Einband und Typographie: Jan Tschichold, München. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 RM.

Als der Baldamus kurz vor dem Kriege zum ersten Male mit seinen derben Streichen vor die Öffentlichkeit trat, da errang er gleich einen durchschlagenden Erfolg. Und der ist ihm bis zum heutigen Tage treu geblieben, so daß sein jetziger Verlag nunmehr die Jubiläumsausgabe herausgeben kann. Bei der Gelegenheit hat der Autor sein Jugendwerk eingehend überarbeitet. Zugleich hat der Verlag durch den bekannten Münchener Buchkünstler Jan Tschichold die Ausstattung des Buches modern gestalten lassen. Beides ist dem „Baldamus“ ausgezeichnet bekommen.

Der Elsässer Wöhrle erzählt in dem Roman die Geschichte seiner eigenen ungehörigen Jugend. Nach dem Bruch mit dem Elternhaus und dem bürgerlichen Beruf — er soll Schulmeister werden — versucht sich der Baldamus zunächst in allerlei Beschäftigungen. Natürlich hält er es nirgends lange aus und so zieht er schließlich als tippelnder Kunde los. Er kommt zwar weit in Europa umher, muß aber überall feststellen: auch im Kundenleben ist es nicht anders eingerichtet als im bürgerlichen; der eigene Vorteil entscheidet. Zuletzt läßt er sich für die Fremdenlegen anwerben. Selbstverständlich desertiert er, und nach irren Kreuz- und Querfahrten kehrt der verlorene Sohn in die Heimat zurück.

Diese kurze Inhaltsangabe könnte dazu verleiten, den „Baldamus“ als einen der zahllosen unwichtigen Kundenromane beiseitezuschieben. Das wäre grundfalsch. Ebensovienig ist er nur ein heiterer Unterhaltungsbroschüre für Mußstunden, obwohl der „Baldamus“ in allen Lebenslagen seinen alemannischen Humor behält. Gerade die Eigenwilligkeit und Widerborstigkeit dieses aufrechten Kerls, sein zäher Kampf gegen die rohe Übermacht der Obrigkeiten finden unsere Sympathie, beweisen uns, daß in diesem jungen Menschen unter der rauhen Schale ein gesunder männlicher Kern steckt.

2. **Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa.** Von Erich Grisar. Preis 4,30 RM.

Mit Kamera und Schreibmaschine ist Erich Grisar durch Europa gewandert. Nicht die mondanen Badeorte, nicht die vielbesuchten Zentren des Reiseverkehrs, die Stätten der Kunst, die Kirchen und Galerier hat er aufgesucht, sondern er ist mit offenen Augen durch die Quartiere der Arbeiter gegangen. Das Leben der Arbeiter in Lodz und in London, in Marseille und Venedig interessierte ihn mehr als die berühmten Bauten, von denen sonst die aus dem Ausland Heimkehrenden schwärmen. Grisar hat mit den Arbeitern in Belgien und Polen, in Holland und Barcelona gelebt und von ihnen erfahren, daß in allen Ländern das Los der Arbeiter das gleiche ist. Solidarität ist das Zauberwort, das die Arbeiter in allen Ländern zusammenführt und ihre Lage bessert und ebensooft, wie der Autor dieses Buches Arbeiter fand, die unter dem Druck ihres Daseins seufzten, fand er Arbeiter, die ihm mit Stolz von den Erfolgen ihres Kampfes berichteten. Daß Grisar seine Berichte, die in der Form aneinander gereiht sind, wie sie an Ort und Stelle als Reportagen niedergeschrieben wurden, mit einer großen Zahl gut gesehener und lebendiger Photos

bereichert, macht das Buch neben einer interessanten Lektüre auch noch zu einem sehenswerten Bilderbuch, wie es in der Literatur des Arbeiters bisher noch nicht vorliegt.

3. **Asew, die Geschichte eines Verrats.** Von Boris Nikolajewsky. Dokumente russischer revolutionärer Bewegung. Preis 4,30 RM.

An Büchern über den Doppelspieler Asew, der über 15 Jahre lang im Dienste der Zarenpolizei Lockspitzeldienste tat und gleichzeitig als Führer der terroristischen Kampforganisation der russischen sozialrevolutionären Partei erfolgreiche Attentate gegen die Machthaber und seine indirekten Auftraggeber durchführte, herrscht kein Mangel. Nun — dieses neue Asew-Buch des Bücherkreises verdient es wirklich, sich ernsthaft mit ihm zu beschäftigen. Hier ist Asew nicht der Held eines mehr oder minder geschickt erfundenen Sensationsromans; hier wird auch nicht mit mehr oder minder Phantasie ein psychologisches Rätsel bis in seine tiefsten Tiefen und Abgründe hinein erforscht, hier geht es um wichtigeres, um die Klärung historischer bedeutungsvoller Tatsachen. Der Verfasser, ein russischer Geschichtsforscher, gibt hier die Lebensgeschichte Asews auf Grund allseitig geprüfter authentischer Angaben. Er kennt genau die Vorgänge über die er berichtet und die Personen, die daran beteiligt sind, und zwar die Personen der beiden Welten, in denen sich der große, unheimliche Doppelverräter Asew bewegt hat. Darüber hinaus hat Nikolajewsky ein überaus zahlreiches Material an noch nicht veröffentlichten Dokumenten, Lebenserinnerungen usw. ausfindig gemacht und verarbeitet. Seine Motive, die ihn einmal bewogen, die Attentate gegen Plehwe, den Großfürsten Sergius und andere bis zum vollen Erfolge durchzuführen, ihn auf der anderen Seite wieder dazu veranlaßten, hunderte seiner eigenen Parteilokameraden an die Geheimpolizei auszuliefern, liegen auch jetzt noch nicht ganz offen zutage. Sicher ist nur, daß die Habsucht dabei eine der Haupttriebfedern war.

Die Darstellung erweitert sich bei Nikolajewsky zu einer Geschichte des Kampfes zwischen den Terroristen und der politischen Geheimpolizei in der Zeit der ersten russischen Revolution überhaupt. Daß er nicht über der Person Asews die Kollektivkräfte außer acht läßt, gerade das gibt seiner Asew-Biographie ihren Gehalt und überzeugenden Wert. Wer das Rußland von gestern, das Rußland von heute verstehen will, muß das Buch Nikolajewskys über Asew lesen.

Adressenänderungen

1. Nachtrag zum Adressverzeichnis der Auskunftserteiler, siehe „Gr. Pr.“ Nr. 14 vom 8.4.32.

Liegnitz i. Schl.: A.-E.: Kurt Schneider, Liegnitz i. Schl., Goldbergerstr. 52, III.

U.-A.: Erich Pätzold, Liegnitz i. Schl., Haynauerstr. 54, I.

Magdeburg: U.-A.: Rudolf Köhler, Magdeburg-Crakau, Zuckerbush 32, I.

Saarbrücken: A.-E.: Julius Springer, Saarbrücken I, Spicherebergstr. 123.

Schweidnitz i. Schl.: Die Mitgliedschaft ist aufgelöst, die Geschäftsstelle ist jetzt in Liegnitz (siehe oben).

Selb i. B.: A.-E.: Robert Männl, Selb i. B., Luitpoldstr. 30.

Internationale Adressen:

Int. Sekretariat: J. Roelofs, Secr. Int. Lithographen Bond, Stadhouderslaan 1, Amstelveen nabij Amsterdam (Holland).

Tschechoslowakei: Graphische Union, Reichenberg i. B., Turnerstr. 27.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Versuche politischer Tarifmacherei. Geldsystem und Geldprojekte (Schluß) / Der Sieg bleibt uns! / Die Weltproduktion auf dem Stand von 1913.

Verband und Beruf: Deutsche Spielkarten auf dem Weltmarkt. / Lohnabbau. / Abschluß des Tarifkampfes im Buchdruckgewerbe. / Für die 40-Stundenwoche. / Wollen wir nachbleiben? Zeitgemäße Anregungen.

Zurück zum Mittelalter. / Die Furcht vor der Ehe. Wirtschaftslage und Kinderwachstum. / Drei Bücher des Bücherkreises. / Adressenänderungen. / Anzeigen.

Neuerschienen! Graphische Lehrbücher, Band I, 1. Auflage 1931

FARBENLEHRE FÜR DAS STEINDRUCKGEWERBE

Eine berufskundliche Grundlage für Schule und Praxis
Bearbeitet von A. Müller-Holstein, Studienrat, Nürnberg
Verlag: Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe
Zu beziehen durch: **CONRAD MÖLLER, SCHNEUDITZ-LEIPZIG. Tel. 533.**

Zinkdruckpasten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
Tel. F. 8 Oberbaum 2299.